Beschluss des Studierendenparlamentes der Universität zu Köln vom 2.7.2018

**Ja zur Menschenwürde und zum Recht auf Flucht,
Nein zur Abschottung Europas.**

„Am Umgang mit Flüchtlingen zeigt sich, wie verlässlich das Versprechen Europas ist, die Menschenrechte einzuhalten. Wird die Verantwortung für den Schutz der in Europa ankommenden Menschen negiert, wird damit zugleich die universelle Geltung der Menschenrechte in Frage gestellt.“

(Aus der Berliner Erklärung zum Flüchtlingsschutz vom 27.06.2018).

"Die EU nimmt das Sterben aus politischen Gründen in Kauf. Das ist widerlich"

(Der Kapitän der „Lifeline“, gegen den nach der Rettung von Geflüchteten im Mittelmeer Anklage erhoben wurde, Tagesschau vom 2.7.2018)

Das Kölner Studierendenparlament verurteilt die inhumane „Flüchtlingspolitik“ Deutschlands und der Europäischen Union sowie die drohende Verschärfung durch die Ergebnisse des EU Gipfels. Sie bedeuten eine weitere Abschottung Europas, Kasernierung von häufig traumatisierten Menschen und die Fortsetzung des Sterbens im Mittelmeer. Es wendet sich ebenso gegen den „Kompromiss“ der Unionsparteien, die diesen Kurs mit Internierungslagern an der deutsch-österreichischen Grenze weiter verschärfen will.

Mit diesem Beschluss der EU sollen verstärkt Lager für Geflüchtete in afrikanischen Ländern und innerhalb der Europäischen Union eingerichtet werden. Solche Lager existieren in Libyen bereits, unter menschenunwürdigen Zuständen. Selbst die Außenbeauftragte der Europäischen Union hatte 2017 Sklavenhandel mit Migranten insbesondere in Libyen eingestanden. Zudem sollen die europäischen Außengrenzen stärker abgeschottet werden. Geflüchteten, die es dennoch bis Europa schaffen, droht die Kasernierung in geschlossenen Lagern auch innerhalb Europas.

Das Studierendenparlament setzt sich für das Recht auf Flucht und die Würde aller Menschen ein. Es fordert einen Abschiebestopp, die Öffnung der Grenzen für Geflüchtete und den Ausbau von Seenotrettung, damit niemand im Mittelmeer ertrinken muss.

Statt Geflüchtete zu bekämpfen, setzt sich das Parlament für die Bekämpfung von Fluchtursachen ein: Für eine Politik des Friedens und des Wiederaufbaus, den Stopp von Waffenexporten, die Bekämpfung des Klimawandels und die globale Verbesserung der Lebensbedingungen.

Das Studierendenparlament unterstützt daher die „Berliner Erklärung zum Flüchtlingsschutz“ und ruft zur Beteiligung an Aktivitäten gegen Abschiebung und für das Recht auf Flucht auf.